

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>21</b>
<b>Einleitung</b>	<b>25</b>
<b>Erster Teil: Einführung in die Thematik</b>	<b>33</b>
§ 1: Geschichte der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	33
§ 2: Das MoMiG	36
A. Rechtspolitischer Hintergrund	36
B. Ziele und Inhalte des MoMiG	40
§ 3: Der gutgläubige Anteilserwerb gem. § 16 Abs. 3 GmbHG	43
A. Hintergrund des gutgläubigen Erwerbs von GmbH-Anteilen	43
B. Zielsetzungen von § 16 Abs. 3 GmbHG	50
§ 4: Ziel der Arbeit und Methodik der Untersuchung	53
§ 5: Grundlegendes zum gutgläubigen Erwerb	54
A. Interessenausgleich als Normzweck	56
B. Grundmodell des Gutgläubenserwerbs	58
<b>Zweiter Teil: Der Erwerb eines GmbH-Geschäftsanteils</b>	<b>63</b>
§ 6: Begriff des GmbH-Geschäftsanteils	63
§ 7: Erwerb eines GmbH-Geschäftsanteils vom Berechtigten	66
A. Vertragliche Einigung über die Abtretung des Geschäftsanteils	68
B. Notarielle Beurkundung des Abtretungsvertrages	69
C. Verfügungsberechtigung des Veräußerers	71
D. Vorliegen der Voraussetzungen einer satzungsmäßigen Vinkulierung	72

E. Rechtsfolge: Übergang der Inhaberschaft an dem Geschäftsanteil	72
§ 8: Behandlung fehlerhafter Anteilsübertragungen vor Inkrafttreten des MoMiG	73
A. Fehlerquellen im Überblick	74
B. Grundsatz: Kein gutgläubiger Erwerb von Geschäftsanteilen	76
C. Ausnahmen	77
I. Erwerb vom Scheinerben gem. § 2366 BGB	77
II. Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	79
§ 9: Übersicht betreffend die verschiedenen Gutgläubenserwerbsmodelle für GmbH-Geschäftsanteile	81
A. Anwendung des Instituts der Verwirkung	82
B. Eingeschränkte Anwendung der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft	82
C. Verbriefung von Geschäftsanteilen	83
D. Eintragung der Gesellschafterstellung in das Handelsregister	84
E. Einrichtung eines Anteilsregisters und Aufwertung der Gesellschafterliste	85
F. Aufwertung der Gesellschafterliste (Modell des MoMiG)	86
G. Kritik und Fazit	86
 <b>Dritter Teil: Dogmatische Analyse des gutgläubigen     Anteilserwerbs</b>	 <b>93</b>
§ 10: Einleitende Ausführungen zu § 16 Abs. 3 GmbHG	93
A. Systematik und Normstruktur	94
B. Darlegungs- und Beweislast	96
C. Verfassungsrechtliche Bewertung von § 16 Abs. 3 GmbHG	97
§ 11: Vergleichende Analyse des Tatbestands	101
A. Positive Tatbestandsmerkmale	102
I. Erwerb eines Geschäftsanteils oder eines Rechtes an einem Geschäftsanteil	103
II. Erwerb durch Rechtsgeschäft	104
III. Eintragung des Veräußerers in der Gesellschafterliste	106

1. Funktionen der Gesellschafterliste	108
a) Funktionen der Gesellschafterliste vor Inkrafttreten des MoMiG	108
b) Funktionen der Gesellschafterliste nach Inkrafttreten des MoMiG im Allgemeinen	111
(1) Innenverhältnis von Gesellschaft und Gesellschafter	112
(2) Rückwirkungsfiktion als Sonderfall	114
(3) Mithaftung des Erwerbers	116
(4) Individualisierung der Geschäftsanteile	118
(5) Funktionale Grenzen der Gesellschafterliste	119
c) Funktion der Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger im Besonderen	120
2. Führung der Gesellschafterliste	122
3. Aktualisierung der Gesellschafterliste	124
a) Aktualisierungsvorgang und maßgeblicher Zeitpunkt	126
b) Veränderungen i.S.v. § 40 Abs. 1 S. 1 GmbHG	128
c) Aktualisierungspflicht des Geschäftsführers, § 40 Abs. 1 S. 1 GmbHG	130
(1) Mitteilung	131
(2) Nachweis	132
(3) Unterzeichnung der Liste	135
d) Aktualisierungspflicht des Notars, § 40 Abs. 2 GmbHG	135
(1) Mitwirkung des Notars an einer Veränderung	138
(2) Wirksamwerden einer Veränderung aus Sicht des Notars	140
(3) Übermittlung der Liste an die Gesellschaft gem. § 40 Abs. 2 S. 1 GmbHG a.E.	145
(4) Ausstellung einer Bescheinigung gem. § 40 Abs. 2 S. 2 GmbHG	145
(5) Auswirkung von § 40 Abs. 2 GmbHG auf die Pflichten des Geschäftsführers	147
(6) Auswirkungen der Neufassung von § 40 GmbHG auf die Notarkosten	149
e) Anspruch auf Einreichung einer aktualisierten Gesellschafterliste	153

f)	Unzuständig aktualisierte Gesellschafterliste als tauglicher Rechtsscheinträger?	155
g)	Kritik der Ausgestaltung des Aktualisierungsprozesses	158
4.	Vergleichende Betrachtung ausgewählter Rechtsscheinträger des deutschen Zivilrechts	160
a)	Grundbuch	160
b)	Besitz	162
c)	Erbschein	163
d)	Handelsregister	164
e)	Indossamentenkette	165
5.	Kritik der Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	167
a)	Gefahr des Missbrauchs und der Fälschung der Gesellschafterliste	168
(1)	Einreichung aktualisierter Listen durch den Geschäftsführer	169
(2)	Identitätskontrolle beim Einreichen von Listen	171
b)	Hinreichende Legitimation der Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger?	174
6.	Fazit zur Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	177
B.	Negativ-objektive Tatbestandsmerkmale	179
I.	Gesellschafterliste weniger als drei Jahre unrichtig und Unrichtigkeit dem Berechtigten nicht zurechenbar	179
1.	Begriff der Unrichtigkeit und Beweislastverteilung	181
2.	Dreijahresfrist	183
a)	Bedeutung und Einordnung der Frist	183
b)	Kritik der Fristlänge	184
c)	Relevantes Ereignis für den Beginn des Laufes der Dreijahresfrist	186
(1)	Unrichtigkeit der Gesellschafterliste	186
(2)	Eintragung des Veräußerers in die Gesellschafterliste	187
(3)	Kritik der Anknüpfung für den Beginn der Dreijahresfrist	188
d)	Dreijahresfrist im Falle atypischer Konstellationen der Unrichtigkeit	192
3.	Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit	194
a)	Definition	195

b)	Fallgruppen	197
c)	Kritik des Abstellens auf die Zurechenbarkeit der Unrichtigkeit	200
4.	Kritik des Karenzzeit- und Zurechnungsmodells	202
II.	Widerspruch ist der Liste zugeordnet	206
1.	Voraussetzungen der Zuordnung eines Widerspruchs	207
a)	Bewilligung des Eingetragenen	208
b)	Einstweilige Verfügung	209
c)	Zuordnung des Widerspruchs zu der Gesellschafterliste	211
2.	Wirkung des Widerspruchs im Innen- und Außenverhältnis	211
3.	Wirksamwerden und Wirksambleiben des Widerspruches	212
4.	Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen eines Widerspruchs	213
5.	Kritik	215
C.	Negativ-subjektives Tatbestandsmerkmal: Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis des Erwerbers von der fehlenden Berechtigung des Veräußerers	216
I.	Definition der Gutgläubigkeit des Erwerbers	218
II.	Gesetzliche Vermutung der Gutgläubigkeit	218
III.	Kenntnis von der fehlenden Berechtigung	219
IV.	Grob fahrlässige Unkenntnis von der fehlenden Berechtigung	220
1.	Unterlassen der Einsichtnahme in Gesellschaftsvertrag und Gesellschafterliste	223
2.	Unterlassen der Durchführung der due diligence	224
V.	Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des guten Glaubens	230
VI.	Kritik	232
§ 12:	Reichweite des gutgläubigen Erwerbs	233
A.	Fehlende Verfügungsbefugnis	234
B.	Vinkulierung im Sinne von § 15 Abs. 5 GmbHG	238
C.	Lastenfreiheit des Geschäftsanteils	239
D.	Existenz des Geschäftsanteils	245
E.	Stückelung des Geschäftsanteils	249

F. Aufbringung der Stammeinlage	252
G. Kritik der Reichweite des gutgläubigen Erwerbs	252
§ 13: Sicherungsmöglichkeiten des Erwerbers gegen Zwischen- und Zweitverfügungen	253
A. Problematik im Mobiliar- und Immobiliarsachenrecht	253
B. Zwischenverfügungen vor und nach Inkrafttreten des MoMiG	254
C. Zweitverfügungen nach Inkrafttreten des MoMiG	258
D. Position der jüngsten Rechtsprechung	260
E. Schutzmaßnahmen für den Erwerber	262
I. Kaufpreiszahlung unter aufschiebender Bedingung	262
II. Eintragung eines Widerspruchs	263
III. Bestellung eines Pfandrechts	267
IV. Sog. Zwei-Listen-Modell	267
F. Kritik der Sicherungsmöglichkeiten des Erwerbers	268
§ 14: Regressansprüche des wahren Berechtigten	269
A. Haftung des nichtberechtigten Veräußerers	270
B. Haftung des Geschäftsführers	272
C. Haftung des Notars	277
I. Haftung aus § 19 BNotO i.V.m. § 40 Abs. 2 GmbHG?	277
II. Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 40 Abs. 2 GmbHG?	280
D. Kritik betreffend die Regressansprüche des wahren Berechtigten	281
§ 15: Ergebnisse der dogmatischen Analyse	282
 <b>Vierter Teil: Empirische Untersuchung der Auswirkungen von § 16 Abs. 3 GmbHG n.F. auf die Rechtsberatungspraxis</b>	 <b>287</b>
§ 16: Übergangsregelung in § 3 Abs. 3 EGGmbHG	288
§ 17: Untersuchungsgegenstände	290
A. Due Diligence	291
I. Begriff und Funktionen	292
II. Arten, Verbreitung, Dauer und Kosten	295

III. Legal due diligence	298
B. Veräußerergarantien	304
C. Sicherungsinstrumente gegen Zwischen- und Zweitverfügungen	305
§ 18: Zielgruppe der Untersuchung	305
§ 19: Methodik und Ablauf	307
§ 20: Wertende Darstellung der Untersuchungsergebnisse	308
A. Gesellschafterliste als Rechtsscheinträger	308
B. Legal due diligence	309
C. Veräußerergarantien	314
D. Sicherung des Erwerbers gegen Zwischen- und Zweitverfügungen	316
E. Gesamtbewertung des gutgläubigen Anteilserwerbs	320
F. Reformvorschläge	321
G. Anwendungsbeispiele	324
§ 21: Zusammenfassung der empirischen Untersuchungsergebnisse	325
<b>Fünfter Teil: Schlussbetrachtung</b>	<b>329</b>
§ 22: Vergleich der Ergebnisse von dogmatischer Analyse und empirischer Untersuchung	329
§ 23: Handlungsempfehlungen	331
A. Judikative	332
B. Legislative	333
I. Änderung von § 16 GmbHG	334
II. Änderung von § 40 GmbHG	337
C. Rechtsberatungspraxis	342
D. GmbH-Geschäftsführer und Gesellschafter	343
§ 24: Fazit	343
<b>Anhang</b>	<b>347</b>
§ 25: Prüfungsschema für den gutgläubigen Anteilserwerb	347
§ 26: Fragebogen zur Empirischen Untersuchung	348
§ 27: Beispieldokumente im Zusammenhang mit der Gesellschafterliste	356

A. Formular für die Aktualisierung der Liste durch den Geschäftsführer	356
B. Antrag auf Erstellung eines Registerauszugs	357
<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>359</b>